

Wittgensteiner Zeitung

Ämtlicher Anzeiger der Stadt Laasphe,
der Aemter Wittgenstein, Banse und Erndtebrück

Die Wittgensteiner Zeitung erscheint jeden
Mittwoch u. Samstag und kostet monatlich
Mark 80.— Fernsprecher Nr. 1.
Postfachkonto Köln Nr. 404 49 —

Anzeigen: 1 mm hoch, 43 mm breit Nr. 6.—
Reklamen: 1 mm hoch, 90 mm breit Nr. 20.—
Bankkonto: Marburger Bank Ndl. Laasphe
Girokonto: Kreispostkasse Laasphe Nr. 89

Schriftleitung, Druck und Verlag von Ernst Schmidt in Laasphe.

Nummer 129

Laasphe, Samstag den 18. November 1922

47. Jahrgang

Die Regierungskrise.

Berlin, 15. Nov. Der große Sturm, den Dr. Brüning mit seiner Erklärung, daß er ohne die Mitarbeit der Deutschen Volkspartei nicht mehr Kanzler bleiben wolle, wagte, ist mißlungen und damit ist die große Koalition für lange Zeit unter den Tisch gefallen. Parteigegner hat die Bildung einer Regierung verhindert, die durch das Vertrauen des Auslandes das deutsche Volk aus dem Elend hätte herausführen können. Das deutsche Haus brennt lichterloh und die Parteien, die als sein Schützer vom deutschen Volk gewählt wurden, lassen es ruhig geschehen, daß seine Rettung immer mehr in Frage gestellt wird, nur weil sie ihr Ideal, die allein seligmachende Theorie, in Gefahr sehen. Man schreit zwar nach Hilfe, aber wenn der Retter in Sicht ist, bedeckt man ihn mit Schimpf und Schande und läßt ihn fallen, wenn die hohe Parteiinstanz unzufrieden ist. Soweit haben wir es glücklich in Deutschland gebracht, daß man es dem Auslande nicht mehr verdenken kann, wenn es immer wieder behauptet, das deutsche Volk sei unfähig, sich selbst zu helfen.

Was nun? fragt man in parlamentarischen Kreisen und erörtert all die Möglichkeiten, die noch zur Lösung der Regierungskrise vorhanden sind. Man spricht wieder von dem „Kabinett der Persönlichkeiten“, ein Plan, den Dr. Brüning bereits fallen ließ, weil er die Überzeugung gewonnen hatte, daß uns nur eine kraftvolle Regierung helfen könne, die sich auf eine starke Parlamentsmehrheit stützt. Die Dinge liegen natürlich heute genau so wie vor der Krise und es ist nicht einzusehen, warum nun auf einmal diese Lösung Erfolg haben sollte. Es handelt sich doch um mehr als um die Bildung einer neuen Regierung, es geht um das Ganze, um die Rettung des deutschen Volkes. Und dafür kann man keine Regierung brauchen, die bei jeder Maßnahme um die Mehrheitsbildung im Reichstag betteln muß. Wir brauchen eine Regierung, die kraftvoll handelt, getragen durch das Vertrauen eines Mehrheitswillens. Bei der jetzigen Konstellation des Reichstages ist aber eine solche Möglichkeit nicht vorhanden, nachdem die große Koalition gescheitert ist. Als weiterer Ausweg, heißt es, komme die Fortsetzung der heutigen Koalitionspolitik in Frage. Was wir davon zu erwarten haben, weiß jeder, der die Vorgänge der letzten Zeit offenen Auges betrachtet. Einer solchen Regierung fehlt das Vertrauen des Auslandes, ohne das es keine Rettung für uns gibt. Bleibt noch eine Regierung der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft oder ein rein sozialistisches Kabinett. Beide können aber keine Mehrheit im Reichstag aufweisen und wären ein wandelndes Noth, das vom ersten Windstoß umgeworfen wird.

Die Lage ist also trostlos. Es ist zum Weinen, daß die Männer an der Spitze angefaßt der Not des Volkes nicht den Mut gefunden haben, die Partei einmal beiseite zu stellen und sich brüderlich die Hand zu reichen, um gemeinsam am Rettungswerk zu arbeiten. Was diese Krise dem deutschen Volke kostet, das wird sich erst später zeigen, wenn es offenbar wird, daß die mühevollen Vorarbeiten zur Verständigung mit unseren Gläubigern, die gerade in den letzten Tagen hoffnungsvolle Fortschritte gemacht hat, für nichts getan ist.

Der Reichspräsident empfing heute bereits eine Anzahl Parteiführer, so Vertreter des Zentrums, der bayerischen Volkspartei, der Deutschen Volkspartei sowie den Präsidenten des Reichstages, Loh. Es laufen die verschiedenartigsten Versionen um, ohne aber Anspruch auf eine positive Grundlage zu machen. Viel bemerkt wird der Empfang des früheren Kölner Oberbürgermeisters A. D. A. durch den Reichspräsidenten, der Katholik ist und die Sympathien der Deutschen Volkspartei genießt. Die Neigung des Reichspräsidenten geht dahin, ein Kabinett aus Wirtschaftlern zu bilden.

Die Stellungnahme des Zentrums.

Berlin, 15. Nov. Das Zentrum hat in seiner Fraktionsführung von heute vormittag folgende Erklärung beschlossen: Die Zentrumsfraktion des Reichstages hat sich am heutigen Mittwoch mit der durch die Demission des Kabinetts Brüning geschaffenen Lage beschäftigt. Die Fraktionen des Zentrums, der Demokraten, der Deutschen Volkspartei und der Bayerischen Volkspartei und der bayerischen Volkspartei haben angestrichelt der außen- und innenpolitischen Erfordernisse die große Koalition verlangt, für welche der Boden durch die vorangegangene gemeinsame politische Arbeit geebnet war. Die Vereinigte Sozialistische Partei hat diese Notgemeinschaft abgelehnt. Die einmütige Auffassung des Zentrums geht dahin, daß nach der innenpolitischen Entwicklung der letzten Tage der Zentrumspartei keinerlei Initiative bei der Neubildung des Kabinetts zufällt, das nicht unter der Führung Dr. Brüning steht. Die Zentrumsfraktion des Reichstages und die übrigen Fraktionen haben der Politik ihr volles Vertrauen ausgesprochen. Darin hat sich nichts geändert. Dagegen hat die letzte außenpolitische Tat der Regierung Brüning, vor allem die Note, wiederum die volle Zustimmung der ganzen Zentrumsfraktion wie auch der Deutschen Volkspartei bis zu den Vereinigten Sozialdemokraten gefunden. Das einzige Erfordernis ist die außenpolitische Klärung, die aber durch die verschärften innenpolitischen Schwierigkeiten, für welche die Zentrumsfraktion keine Verantwortung trifft, geändert

wird. In dieser Erklärung hat das Zentrum für seine Politik seine vollkommene Grundlage. Die Zentrumsfraktion ist nicht gewillt, sich an irgendwelchen parteipolitischen Konstellationen zu beteiligen, wenn nicht Dr. Brüning erneut mit der Bildung des Kabinetts betraut wird.

Berliner Pressestimmen.

Berlin, 15. Nov. Die „Deutsche Allg. Ztg.“ bezeichnet die Demission des Kabinetts Brüning als einen Reinigungs- und Befreiungsakt, der nach der langen Zeit dumpfer Resignation und trostloser Stimmung die Gemüter erfrischt. Aber die Hoffnung auf etwas Besseres, auf eine große Koalition der Kräfte, habe die Sozialdemokratie mit ihrer Stellungnahme gegen den Eintritt der Deutschen Volkspartei in die Regierungskoalition niedergeschlagen.

Der „Volksanzeiger“ sieht die Ursache der diesmaligen Regierungskrise in dem Verlangen der Entente, daß endlich etwas in Deutschland geschehen solle. Zum erstenmal in der deutschen Republik sei eine innere Krise ausgebrochen, wo es sich um tatsächliche Reformen handle, die zum Wiederaufbau Deutschlands unbedingt notwendig seien. Man könne dies als einen Fortschritt den früheren Krisen gegenüber buchen.

Die „Vossische Zeitung“ und das „Berliner Tageblatt“ führen den Rücktritt des Kabinetts darauf zurück, daß die Sozialdemokratie und die Deutsche Volkspartei das Parteiinteresse über das Interesse des Vaterlandes gestellt haben. Das letztere Blatt schreibt: Unklar war die Tatsache, daß die Deutsche Volkspartei dem Reichskanzler von vornherein die Bildung eines fögen. Persönlichkeitskabinetts unmöglich machte. Nicht weniger unverständlich ist die Stellungnahme der Sozialdemokraten. Sie wollten mit Rücksicht auf ihre ehemaligen unabhängigen Mitglieder die große Koalition als solche nicht. Auf die Frage: Was nun? gibt die „Vossische Zeitung“ die Antwort, daß nur die Möglichkeit bleibe, die bisherige Koalition beizubehalten und bei der Bezeichnung der Ministerien parteipolitische Wirtschaftler zu berücksichtigen. An eine Wiederkehr Dr. Brüning als Kanzler glaubt das Blatt nicht.

Der „Vorwärts“ sieht die Ursache der Krise in einem Verlagen der Führung und in der sehr stark hervortretenden Neigung, die eigentlichen Entscheidungen in Parteikonferenzen, statt im Reichstagsplenum herbeizuführen. Das Blatt erklärt, daß eine Regierung, die aus den Parteien der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft gebildet werde, nicht auf das Vertrauensvotum der Sozialdemokraten rechnen könne. Mit dem Hinweis darauf, daß die sozialdemokratische Partei die beiden letzten Noten der Reichsregierung an die Reparationskommission gebilligt und daß sie den Wunsch habe, daß in der eingeschlagenen Richtlinie die auswärtige Politik

Edith Bürkners Liebe.

21) Roman von Fr. Seyne.

Der Bruder ereiferte sich immer mehr. „Und wenn euch was zuflößt, he? Was wird dann? Wenn ihr krank werdet und euren letzten Notgroschen geopfert habt, was dann? Der Herr Sohn sorgt da nicht für euch, der kann noch nichts verdienen. Ihr, die armen, alten Eltern, müßt ihr noch erhalten! So 'ne Kurzschichtigkeit! Aufgeregt ging er im Zimmer auf und ab, die Hände auf dem Rücken und den Kopf schüttelnd.

„Nichtig ärgern kann man sich, wenn man solche Unüberlegtheiten hört! Aber ihr habt in eurem ganzen Leben nichts Gutes getrieben, du und dein sußperkter Herr Gemahl!“

Bei diesen schonungslosen Worten traten in Frau Bürkner Augen Tränen, die sie jedoch heldenhaft unterdrückte. Sie hoffte ja, den Bruder zu erweichen.

„Weißt du denn das so genau? Mir ein Leichtsinn! Natürlich, als ob ich das Geld auf der Straße gefunden hätte! Aus einer kleinen Unterstützung wird eine große und dann hat man den sauberen Rest ganz auf dem Hals! Er wird wohl wissen, warum er dich hergeschickt hat!“

„Thantmar weiß nichts davon, daß ich hier bin! Ach, Bruder, willst du denn nicht? Du verdienst dir einen Gotteslohn!“

„Puh — Gotteslohn! Auch so 'ne schöne Redensart! Nicht 'nen Pfennig kriegt er, und damit basta!“ „Ich bitte dich, Otto, sei barmherzig! Erleichtere meinem Sohn seine Lage.“ flehte sie. „Wir wollen es

ja nicht geschenkt haben.“ Wenn er erst verdient, wird er dir alles zurückzahlen.“

„Wohl am Nimmermehrstage? Das kennen wir! Ach, das gibt's nicht! Eines will ich dir noch sagen, Lina, schide mir den Burschen, den Thantmar, mal her, damit ich ihm die großen Knochen aus dem Kopf treibe! Studieren will er — hat keinen Pfennig Geld dazu — man muß wirklich lachen — er sitzt ein kurzes, trodenes, höhnisches Gelächter aus. Und wer hat ihm das dumme Zeug in den Kopf gesteckt? Ihr! Ihr allein seid schuld! Warum schickt ihr euren Jungen aus das Gymnasium? Das war gar nicht nötig! Wie ich neuneinzig Jahre alt war, verdiente ich schon Geld!“

„Wir haben doch kein Schulgeld zu zahlen brauchen, und Thantmar lernte so gut.“

„Ach, papperlappap — alles Unsinn! Als ob man in praktischen Berufen nicht auch kluge Leute gebrauchen könnte! Wenn er sich nicht aufs Studieren erpicht hätte, da wäre man auch kein Unmensch! Als er sein Einjähriges hatte, konntet ihr ihn von der Schule nehmen und in eine ordentliche Lehre bringen; da hätte ich euch gern mit Rat und Tat zur Seite gestanden, da dein Mann doch nun mal wenig davon versteht. Schon um deinetwillen hätte ich das getan, Lina. Aber hier solchen Unsinn noch unterstützen sollen, das wäre ja notorische Verrücktheit!“

Er hatte sich so ereifert, daß er ganz blaurot im Gesicht geworden war.

„Otto, rege dich doch nicht so auf,“ bat da seine Frau. „Gott, dann lasse es dir doch nicht auf einen monatlichen Zuschuß ankommen.“

Er lachte höhnisch auf.

„Nicht 'nen roten Pfennig, sage ich nochmals! Aus Prinzip nicht! Die Leute sollen nicht zu hoch hinaus wollen, nicht über ihre Verhältnisse! Also nicht 'nen roten Pfennig!“

„Bruder, ist das dein letztes Wort?“

„Mein letztes Wort und kein weiteres!“

Und zur Verstärkung schlug er mit der Hand zweimal auf den Tisch.

Frau Bürkner brach in Tränen aus.

„Wenn ich nun damals auch so gesprochen, als du

die fünfzehntausend Mark haben wolltest? Da konntest du schon bitten, daß ich dir aus der Verlegenheit helfe! Und ich hab's auch gern getan, und von da an ging es dir gut! Aber freilich, daß vergiftet sich, und wie —“

„Was?“ schrie er sie da an. An jene Zeit wurde er nicht gern erinnert. „Was? Habe ich dir das Geld nicht zurückgezahlt bei Heller und Pfennig? Sogar mit fünf Prozent! Ueberall hätte ich das Geld mit drei und einhalb kriegen können! Und das hältst du mich jetzt vor? Da sieht man, was für eine Gesellschaft ihr seid. Und wo ist denn jetzt das Geld, he? Das könnt ihr ja euren Thantmar verstudieren lassen! VIELLEICHT wird er gar gleich Professor! Gebt's ihm doch! Wozu braucht ihr mich denn? Aber natürlich ist nicht mehr da — durchgebracht habt ihr alles — pleite seid ihr!“

Bergebens suchte Frau Hilbrandt ihren Mann, der mit den beiden Händen in der Luft herumgestikuliert und dem die Stimme überzuschlagen drohte, zu beruhigen.

Frau Bürkner erhob sich; sie konnte sich kaum noch aufrecht erhalten, so hämmerte vor Aufregung das arme, kranke Herz.

Mit zitternden Händen band sie die Hantänder zu. „Ich will dir nichts Schlechtes wünschen trotz deiner Härte,“ sagte sie mit schluchzender Stimme, „aber hoffentlich kommt einmal der Tag, der dir zeigen wird, wie unrecht du uns getan hast. Wir haben nichts durchgebracht und verschwendet; das Brot, das wir essen, ist sauer verdient! Und ebensowenig wie du dafür kammst, daß es dir gut geht, können wir dafür, daß wir kein Glück haben! Wir sind auch in unseren bescheidenen Verhältnissen zufrieden; du aber hast ganz vergessen, wie —“

„Du höre aber auf, sonst —“ unterbrach er sie, vollendete aber nicht, was er sagen wollte, da seine Frau ihm einen warnenden Blick zuwarf.

Er brummte noch einige undeutliche Worte vor sich hin.

Frau Bürkner wartete zur Tür. Ihr Bruder drehte sich nicht einmal nach seiner Schwester um, sondern trommelte an den Fensterscheiben herum.

(Fortsetzung folgt.)

weiterverfolgt werde schreibt das Blatt: Die Sozialdemokratie denkt nicht daran, sich in den Schmolzwinkel zurückzuziehen. Sie ist bereit, an der Führung einer positiven Politik mitzuwirken, die den Lebensnotwendigkeiten des arbeitenden Volkes gerecht wird.

Das Echo in Paris.

Paris, 15. Nov. Zur Kabinettskrise in Deutschland schreibt die „Ere Nouvelle“: Dr. Wirth war ein epistolerischer Kanzler. In dem Augenblick, wo das Reich endlich das Bedürfnis einer aufbauenden Politik empfindet, verschwindet er. Das einzige, was man zu befürchten hat, ist, daß diejenigen, die den Sturz des Kanzlers gewünscht haben, Herren der Lage sind.

Der „Figaro“ sagt: Man darf nicht mißbräuchlich mit Analogien umgehen, besonders wenn es sich um Ereignisse handelt, die in der Entwicklung begriffen sind. Indessen scheint die Lage Deutschlands im Lichte dessen, was in Italien soeben vorgegangen ist, einigermaßen an Klarheit zu gewinnen. Daran ist nicht zu zweifeln, man erlebt eine Neugruppierung der bürgerlichen, fast könnte man sagen der Parteien der sozialen Behauptung.

Das „Echo National“ schreibt: Machen wir uns auf ernste Dinge gefaßt; sie stehen unmittelbar bevor. Die Leute in Deutschland sehen uns anderswo, besonders im Orient, beschäftigt und vielleicht mehr, als es gut wäre. Deshalb lüften sie die Maske und sprechen sich in ihrer letzten Note für die glatte Beilegung des Berliner Vertrages aus.

Der „Gaulois“ erklärt, es sei sehr bedauerlich, wenn in diesem Augenblick, da eine Entspannung möglich wäre, nicht eine Persönlichkeit, die für die Elemente der Vernunft weniger zugänglich wäre, als Dr. Wirth, zum Reichskanzler ernannt werden würde.

Der „Petit Parisien“ fragt, was nach dem Rücktritt Dr. Wirths aus den letzten deutschen Vorschlägen werden würde.

Londoner Stimmen.

London, 15. Nov. Das Hauptinteresse der Londoner Blätter wendet sich den heute stattfindenden Parlamentswahlen zu. Als einzige Zeitung bespricht die „Times“ den Rücktritt des Kabinetts Wirth. Das Blatt bezeichnet den Rücktritt als natürlich. Die Industriellen bildeten heute in Deutschland die stärkste Macht. Die letzten Erörterungen über die Reparationen in Berlin hätten gezeigt, daß eine Regierung, die die Vertreter der Industrie und der Finanz ausschließt, keine ernstlichen Vorschläge machen und keine Verpflichtungen mit irgendwelcher Aussicht, sie durchzuführen, übernehmen könne. Die künftigen Maßnahmen, die Deutschland brauche, wenn es seine Finanzlage wieder herstellen und mit der Erfüllung seiner internationalen Verpflichtungen beginnen wolle, könnten nur durch eine starke Regierung getroffen werden. Die Alliierten hätten seit langem die Notwendigkeit empfunden, mit dem wirklichen Deutschland zu verhandeln und nicht mit einer Schattenregierung.

Dr. Wirth über die Krise.

Nach dem Ende der Kabinettsitzung, in der der Rücktritt der Regierung beschlossen wurde, äußerte sich Reichskanzler Dr. Wirth zu den anwesenden Pressevertretern in einigen Worten über die Vorgeschichte der Demission und die durch diese geschaffene Lage.

Dr. Wirth erklärte, daß durch die Weigerung der Fraktion der Vereinigten Sozialdemokraten, dem Verlangen der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft auf Bildung der großen Koalition, dem auch er sich angeschlossen habe, statzugeben, die Demission des Kabinetts unvermeidlich geworden sei, und zwar auch nach Auffassung der sozialdemokratischen Kabinettsmitglieder. Der Ausgangspunkt dieser ganzen politischen Entwicklung sei der Wunsch gewesen, das Kabinett zu ergänzen. Schon bei dem Versuch, das Ministerium des Auswärtigen zu besetzen, habe sich indessen gezeigt, daß eine einfache Ergänzung im Sinne der Ausfüllung freier Posten die Frage nicht lösen könne. Auch hätten die mit Vertretern des Wirtschaftslebens gepflogenen Rücksprachen gezeigt, daß für die Besetzung von Ministerposten die Frage entscheidend sei, wie die Wirtschaftsführung im ganzen gestaltet werde. Es sei klar gewesen, daß innerhalb der Arbeitsgemeinschaft die Frage der Ergänzung des Kabinetts zu der Frage geführt habe, ob die durch die außenpolitische Situation aufgeworfenen Probleme auf der Basis der heutigen Regierung gelöst werden könnten. Deshalb habe auch die Arbeitsgemeinschaft einmütig an ihn, den Kanzler, das Ersuchen gerichtet, die Erweiterung der Regierung auf der Grundlage der großen Koalition anzustreben, da auch vor allem die letzte an die Reparationskommission gerichtete Note Stützung durch eine breite Regierungsbasis erfordere. Diese Note sei von so entscheidender internationaler Bedeutung, daß nur durch einen starken Zug aus dem Parlament, durch den eine aktive Politik gewährleistet wäre, die darin enthaltenen Versprechungen erfüllt werden könnten. Er, der Kanzler, müsse vor allem auch auf das große Risiko, dieses deutschen Angebots hinweisen, das die Hälfte des Goldbestandes der Reichsbank preisgebe. Diese nach Paris gerichtete Note habe ausdrücklich die Billigung sämtlicher Parteien, vor allem auch der Deutschen Volkspartei, gefunden; sie sei also abgelehnt worden, getragen von den Parteien, die berufen gewesen wären, die große Koalition zu bilden. Die bayerische Volkspartei habe zwar nicht zu der Frage der Regierungsbildung auf der Grundlage der großen Koalition, wohl aber zu dieser Note sachliche Stellung genommen. So sei tatsächlich bereits ein Ausdruck des politischen Willens der noch nicht gebildeten großen Koalition vorhanden gewesen. Dazu müsse er noch bemerken, daß in den letzten Wochen und Tagen stets ohne irgendwelchen Widerspruch in Gegenwart der Deutschen Volkspartei über die schwebenden Fragen verhandelt worden ist. In der langen Zeit, in der er an verantwortlicher Stelle gestanden habe, habe man noch niemals ein solches Zusammengefallen der Gegenstände gesehen. Es habe sich also um die Forderung gehandelt, eine schon faktisch erweiterte Arbeitsgemeinschaft in eine wirkliche Gemeinschaft umzuwandeln, umiomehr, als die nach Paris gerichtete

Note auch ein innerpolitisches Programm enthalte, unter dem nur noch die Namen gefehlt hätten. Der ablehnende Beschluß der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei werde vielfach auf die von Stinnes im Reichswirtschaftsrat gehaltenen Rede zurückgeführt, die allerdings polemische Besprechungen sehr nahegelegt habe, aber auch auf Äußerungen des deutsch-völkischen Abgeordneten v. Kersner in der letzten Sitzung des Auswärtigen Ausschusses des Reichstages. Hier allein könne aber die Ursache nicht gesucht werden.

Der Kanzler schloß mit der Mahnung, daß man sich des großen Ernstes der gegenwärtigen Situation bewußt werden solle, die uns vor die Notwendigkeit stelle, so schnell wie möglich zu einer klaren Orientierung der deutschen Politik zu kommen.

Der Reichsbürgerrat für eine überparteiliche Regierung.

Berlin, 16. Nov. Der Reichsbürgerrat hat an die Fraktionen der Deutschen Nationalen Volkspartei, der Bayerischen Volkspartei, der Deutschen Volkspartei, des Zentrums und der Deutschdemokratischen Partei folgende Aufforderung gerichtet:

Der Beschluß der D.S.D. gegen die Bildung der großen Koalition ist der deutlichste Beweis dafür, daß die Politik der sozialdemokratischen Partei nicht auf die allgemein vaterländischen Ziele und auf die Erreichung eines sachlichen, politischen und wirtschaftlichen Fortschritts, sondern auf die Durchsetzung der egoistischen, parteipolitischen Interessen gerichtet ist. Durch die ganzen Vorgänge der letzten Tage ist die Schwäche einer nur parteipolitisch gestützten Regierung deutlich aufgedeckt worden. Es tritt deshalb an alle Fraktionen des Reichstages die Aufgabe heran, endlich dem deutschen Volke jene von parteipolitischen Interessen freie Regierung von Männern zu geben, die auf Grund ihrer praktischen Erfahrungen und ihrer besonderen Sachkenntnis zur Führung der Regierungsgeschäfte berufen sind. Der Kreis dieser Männer darf durch parteipolitische Rücksicht nicht beengt werden. Sollte die sozialdemokratische Partei gegen eine solche Regierungsbildung Stellung nehmen, so müssen sämtliche bürgerliche Fraktionen allein die Verantwortung für ein solches Kabinett übernehmen, um das deutsche Vaterland vor weiteren Wirren zu schützen und um die Würde der deutschen Volksvertretung zu wahren. Die Welt wartet darauf, daß das deutsche Volk sich eine solche Regierung gibt und das deutsche Volk selbst ist bereit, eine solche Regierung vor den Wählerkreisen einer rein agitatorischen Parteipolitik zu schützen.

Die Deutschnationalen.

Die „Kreuzzeitung“ stellt für den Fall der Bildung eines Kabinetts ohne die Sozialdemokraten die Mitarbeit der Deutschnationalen Volkspartei in Aussicht.

Hapagdirektor Cuno mit der Kabinettsbildung betraut.

Berlin, 16. Novbr. Der Reichspräsident hat Geheimrat Cuno, Generaldirektor der Hamburg-Amerikanische Linie, mit der Bildung des Reichskabinetts beauftragt. Cuno hat den Auftrag angenommen und ist in die erste Besprechung mit den Parteiführern eingetreten.

Die deutschen Vorschläge zur Festigung der Mark.

In der von der Reichsregierung der Reparationskommission überreichten neuen Note wird folgender zusammenfassender Plan zur Festigung des Marktkurses unterbreitet:

1. Da angesichts der in der letzten Zeit eingetretenen Zerrüttung der Mark auf eine Regelung der Reparationsfrage nicht mehr gewartet werden kann, so ist sofort eine vorläufige Aktion zu ihrer Hebung und Stützung notwendig.
2. Eine vorläufige Aktion kann nicht allein mit deutschen Kräften geschehen. Eine Mitwirkung des Auslandes ist notwendig.
3. Die deutsche Reichsbank hat sich bereit erklärt, einen Betrag von 500 Millionen Mark für die Stützungsaktion zur Verfügung zu stellen.
4. Die Finanzgründung der Stützungsaktion erfolgt unter folgenden Voraussetzungen:
 - a) Deutschland muß für 3 bis 4 Jahre von allen Barzahlungen u. Sachleistungen aus dem Berliner Vertrag befreit werden. Sachleistungen für den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete gehen weiter, soweit sie ohne Vermeerung der schwebenden Schulden bestritten werden können.
 - b) Deutschland erhält für die Stützungsaktion von ausländischen Banken einen gesicherten Kredit von mindestens 500 Millionen Goldmark.
5. Die vorstehenden Voraussetzungen sind auch von der Reichsbank für die Bereitstellung von 500 Millionen Goldmark aufgestellt worden. Die für die Kreditgeber erforderlichen Sicherheiten werden unter Genehmigung der Reparationskommission vom Reich zu stellen sein.
6. Die bereitgestellten Mittel werden von einer unabhängigen Stelle verwaltet, die aus Vertretern der ausländischen kreditgewährenden Bankgruppen, der Reichsbank und der Reichsfinanzverwaltung gebildet werden.
7. Diese Stelle hat in erster Linie das im Ausland verfügbare Material an deutschen Mark aufzunehmen. Im übrigen hat sie den Kurs der Mark zu regulieren.
8. Sobald durch die Stützungsaktion das innere

Vertrauen zur Mark wieder hergestellt ist, wird die deutsche Regierung eine innere Goldanleihe

unter entsprechenden Bedingungen auflegen. Die deutsche Regierung ist ferner bereit, auswärtige Anleihen aufzunehmen, die zu angemessenen Bedingungen erhältlich sind.

9. Sobald der Haushalt ins Gleichgewicht gebracht worden ist, werden Anleihen nur als vorläufige Geldbeschaffung bis zur Auflegung der betreffenden Anleihe aufzunehmen sein. Deutschland wird seine Ausgaben einschränken und seine Einnahmen erhöhen. In dieser Richtung ist insbesondere ins Auge gefaßt: Aufhebung entbehrlich werdender Behörden, Verminderung der Zahl der Angestellten, Vermeidung unproduktiver Ausgaben, Beschränkung der gesetzgeberischen Maßnahmen, produktive Gestaltung der Reichswerte zur Erzielung größerer Rentabilität.

10. Deutschland wird alle Maßnahmen ergreifen, um eine Steigerung seiner Produktion zu erlangen. Zu diesem Zweck wird eine Neuordnung des Arbeitszeitgesetzes unter Zugrundelegung des Achtstundentages in die Wege geleitet und die Heranbildung von Qualitätsarbeitern gefördert. Lohnverbesserung und die Lohnsenkung, sowie der Alkoholverbrauch sollen beschränkt werden. Die Zwangswirtschaft für Brotgetreide soll abgebaut werden.

11. Bei Festigung des Marktkurses werden die ausländischen Staaten diejenigen Beschränkungen der Einfuhr deutscher Waren aufheben müssen, die durch den Niedergang der deutschen Währung veranlaßt wurden. Auch im übrigen wird Deutschland die wirtschaftspolitische Gleichberechtigung in allen Beziehungen eingeräumt und die Unabhängigkeit der deutschen wirtschaftlichen Verwaltung im besetzten Gebiet hergestellt werden müssen, um den Ausgleich der deutschen Handels- und Zahlungsbilanz zu ermöglichen. Um den Plan ausführen zu können, unterbreitet die deutsche Regierung der Reparationskommission nachstehende Anträge:

- a) eine endgültige Festlegung der Verpflichtungen Deutschlands sobald als möglich in fester Höhe herbeizuführen, daß sie einschließlich des Zinses der aufzunehmenden Anleihe aus den Ueberschüssen des Haushaltes bestritten werden kann;
- b) zunächst für die Dauer von 3 bis 4 Jahren Deutschland von allen Bar- u. Sachleistungen aus dem Friedensvertrag unter dem gemachten Vorbehalt für den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete zu befreien;
- c) unverzüglich eine Konferenz von internationalen Finanzleuten zum Zwecke der Beratung über einen Deutschland zu gewährenden Bankkredit einzuberufen.
- d) die Anträge zu unterstützen, welche die deutsche Regierung bei den beteiligten Regierungen für die Verwirklichung der bezeichneten Notwendigkeiten stellen wird.

Savensteins Vorschläge.

Berlin, 15. Nov. Der Vorschlag Savensteins, der eine Beteiligung der Reichsbank mit 500 Millionen Goldmark zur Stabilisierung der deutschen Mark in Aussicht stellt und der an die Reparationskommission weitergegeben wurde, wird, wie aus parlamentarischen Kreisen verlautet, darauf zurückgeführt, daß die früheren Staatssekretäre Bergmann und Schröder während der Amtszeit der Reparationskommission in Berlin bemüht gewesen seien, in privaten Unterhaltungen die Wünsche der Reparationskommission zu erfahren. Sie erhielten den Eindruck, daß Vorschläge, wie sie jetzt von der Regierung gemacht worden sind, die Absicht der Reparationskommission, eine auswärtige Anleihe durchzuführen, wesentlich unterstützen könnten. Man rechnet nunmehr damit, daß die neuen deutschen Vorschläge die Verhandlungen der Reparationskommission wesentlich beschleunigen werden.

Wirrwarr in Konstantinopel.

Konstantinopel, 15. Nov. Die Lage ist unverändert. Rifet Pascha hält seinen unveränderten Standpunkt aufrecht. Die meisten früheren Beamten der Regierung sind zu den Kemalisten übergetreten. Die Kemalisten sprechen im Namen der Regierung von Angora Recht. Die Wappen des Sultans sind überall entfernt worden und die Bälle werden im Namen der Regierung von Angora ausgestellt. Der Sultan hat aber seinerseits nicht gewillt, abzuhauen. Es verlautet, daß er aus Suez indisch-mohammedanische Truppen haben kommen lassen, um aus ihnen eine Leibwache zu bilden, da die früheren zu den Kemalisten übergegangen ist.

Politische Mundschau.

* In Berlin ist es ebenfalls zu kleineren Blinderungen gekommen. So wurde in der Mantelstraße ein Lebensmittelgeschäft von jungen Burschen ausgeplündert. Man mißt dem Vorfall kaum eine größere Bedeutung bei.

* Von zuständiger Berliner Seite wird erklärt, der Rücktritt der jetzigen Regierung beruhe in keiner Weise auf der Note vom 14. November an die Reparationskommission niedergelegte Stabilisierungsprogramm.

* Bei den Krawallen in Köln wurden Schaulustigen im Wert von 50 Mill. zerstreut und Waren im Werte von 10 Millionen Mark gestohlen, die nach dem Tumultschadungsgesetz vom Reich, Staat und Gemeinde ersetzt werden müssen.

* Verschiedene Pariser Blätter melden, daß Mes zum Botschafter in Paris ausersehen sei.

* Die Zinsschiffer für die monatliche Lebenshaltung ist in Österreich um weitere 6 Prozent herabgesetzt worden. Die Blätter bezeichnen diese Herabsetzung als ein hoch erfreuliches Ereignis von wirtschaftlicher Tragweite und als Zeichen der Rückkehr des Vertrauens in die Kaufkraft der österreichischen Krone.

e deutsche
en auf
erhält

t gebracht
ge Geld-
u s g a
h m e n
dere ins
der Be-
ten, Ver-
altung der
ität.

ergreifen,
ktion
uregelung
des Abt-
Heranbil-
Verabsor-
ng s
11 a b

die aus-
der Ein-
durch den
wurden.
chafts-
in allen
ängig
n g e r
hergestellt
um den
deutsche
ende An-

ichtungen
der Höhe
des Zinses
leberchü-
tann;

4 Jah-
Bar u.
ensvertrag
den Wie-
freien;
on in-
zum
land zu
ufen.

e deutsche
en für
wendig-

avenkeins,
ant mit
der deut-
Reparati-
wie aus
zurückge-
mann und
parations-
in priva-
ationskom-
druck, daß
g gemacht
ommission-
lich unter-
daß die
der Re-
werden.

Lage ist
schlichen
Beamen
treten. Die
von An-
überall
kamen der
ufftan ist
Es ver-
liche Trup-
eine Leib-
Kamalkiten

ren Blin-
euffelstra-
en ausge-
ne große

erklärt, des
einer Weis-
e Repara-
programm,
Schaufen-
und Wa-
hlen, die
aat und

daß h e z
sei.
enshaltung
herabgesetzt
sehung als
er Tag-
trauens in

Die Wahlen zum englischen Unterhaus fanden am Sonntag bei besonders reger Teilnahme der Frauen, die zum erstenmal mit wählen durften, statt. Nach dem bisherigen Wahlergebnis ist der Stand der Parteien folgender: 204 Konservativ, 27 National-Liberale (Lord George-Porter), 29 Liberale (Mackintosh-Grey-Partei), 76 Arbeiterpartei, 8 Unabhängige aller Schattierungen. Die absolute Mehrheit der Konservativen ist unbesiegt.

Aus Smyrna wird berichtet, daß die Bevölkerung von Samos sich gegen die griechische Regierung erheben habe, und Selbstverwaltung fordere. Die griechische Regierung entsandte Truppen zur Wiederherstellung der Ordnung.

Aus Chile werden neue Gewitterstürme und Erdschütterungen gemeldet.

Nach offiziellen Meldungen hat das Erdbeben in Santiago de Chile 1800 Tote und mehr als 2000 Verletzte gefordert. In fünf Gegenden wurden mehr als 60 Prozent aller Häuser zerstört. Der Präsident der Republik hat sich in Begleitung seines Gefolges an die Orte der Katastrophe begeben.

Zustände und Aussichten.

Von M. H., Köln.

Ein hiesiger Geschäftsinhaber und Leser unseres Blattes bittet uns um Aufnahme des nachfolgenden Artikels:

Wir nähern uns immer mehr dem wirtschaftlichen Zusammenbruch, der scheinbar nicht mehr aufzuhalten ist und höchstens durch eine günstige Wendung der politischen Lage aufgehalten werden könnte, wie auch die heutigen Wirtschaftsverhältnisse das Produkt einer wahnhaften Zerstörungspolitik sind. Auf das deutsche Wirtschaftsgeschehen wirken diese Verhältnisse um so verheerender, weil sie ihr Entstehen gleichzeitig zwei, zwar gänzlich von einander verschiedenen, in ihrer Wirkung aber fast gleich gerichteten Umständen verdanken, gegen die wir vorläufig erfolglos ankämpfen, weil sich scheinbar ihre große Schädlichkeit noch nicht bis zum fast völligen Untergang ausgewirkt haben: Einmal ist es der verlorene Krieg mit seinem ungeheuerlichen Friedensdiktat, zweitens die gleichzeitig einsetzende Revolution mit ihrer demokratisierenden Arbeitsunlust und geringerer Arbeitsleistung.

Man mag über die Revolution politisch oder menschlich denken wie man will, die Möglichkeit, daß sie vielleicht in zehn oder zwanzig Jahren auch von den Bürgerkreisen, welche ihr heute feindlich gegenüberstehen, höher bewertet wird, ist nicht von der Hand zu weisen, weil sie diejenigen Klassen an die Spitze gebracht hat, welche bisher nur Rechte forterbten, ohne Pflichten zu kennen, und sie nunmehr dazu erzieht, auch Pflichten anzunehmen, sobald sie die Allgemeinheit verebelt. Aber es steht sicher fest, daß mit der Revolution eine Arbeitsunlust und eine Arbeitsverminderung über uns hereingebrochen ist, welche unter ganzem wirtschaftlichen Leben lähmt und dadurch in Gemeinschaft mit der unglückseligen Erfüllungspolitik bis ins Unenträglichste vertieft. Wollte vier Jahre nach der Revolution hat die Arbeitsleistung unserer gesamten Industrie trotz andauernder Hochkonjunktur und Absatzmöglichkeit und trotz vermehrter Arbeitskräfte nicht einmal $\frac{1}{2}$ der Friedensproduktion erreicht. Wollte vier Jahre nach der Revolution bleiben die Leistungen der Eisenbahn und der Post, trotz eines viel größeren Beamtenapparates, weit hinter der Friedensleistung zurück und sind geradezu eine Bremse gegen die wirtschaftliche Weiterentwicklung. Und nur eine verfehlte Produktion ist in der Lage, unsere Verhältnisse zu bessern, weil durch die Mehrzeugung sowohl das ausländische Geschäft gehoben werden kann, um uns endlich einmal wieder eine aktive Handelsbilanz zu schaffen, die uns auch wieder in den Stand setzt, Auslandsprodukte zu verkaufen, als auch der Inlandsmarkt fester versorgt wird, sobald das Angebot mit der Nachfrage balanciert und auf die jetzigen übermäßigen Preise drückt.

Wenn es auch kein Idealzustand ist, daß eine einmalige Überproduktion die Preise zu stark nach unten drückt, so ist ein Mangel an Ware, wie wir ihn in den letzten Jahren hatten und welcher den Abnehmer geradezu in ein Abhängigkeitsverhältnis vom Lieferanten bringt, sicher ein noch viel schlimmerer Zustand. Diesen Zustand haben wir in den letzten Jahren zur Genüge kennengelernt und ihn ordentlich fortbekommen, er hat geradezu zu einer Entwürdigung des Abnehmers geführt und ihn, trotzdem man sich recht gute Preise für jede Ware von ihm bezahlen ließ, zum Bettler gegenüber dem Lieferanten gemacht.

Während in früheren Jahren der Lieferant sich über gute Aufträge seines Kunden freute und sich für deren Erteilung herzlich bedankte, ist es jetzt Sitte geworden, daß sich der Abnehmer bei seinem Lieferanten bedankt, weil er ihm gütigst für teures Geld und traure Zahlungsbedingungen so viel Ware abläßt, wie er ihm je nach guter oder böser Laune gerade ablassen will. Das ist weder ein menschlich noch volkswirtschaftlich erwünschter Zustand, weil durch ihn die alte weltwirtschaftliche Regel, daß Angebot u. Nachfrage den Preis regeln, vollständig ausgelöscht wird. Der wirtschaftlich Stärkere geht rücksichtslos über den Schwächeren hinweg und schafft uns die Verhältnisse, die dazu geführt haben, daß unsere Reichsnotenpresse trotz Tag- und Nachtarbeit nicht einmal so viel Zehntausender drucken kann, daß sie dem Bedarf genügt.

Es kann nicht mein Aufgabe in diesem Augenblick sein, Ihnen die Folgen hier ausführlich zu schildern, die sich aus dem umgekehrten Verhältnis des Lieferanten zum Abnehmer ergeben und das ganze deutsche Volk fühlt es am empfindlichsten am Dollarkurs und am deutschen Ausverkauf. So paradox es im ersten Augenblick auch scheinen mag, der hohe Dollarkurs und der deutsche Ausverkauf sind wirtschaftlich Folgen unserer Warenknappheit und der daraus hervor-
gegangenen Diktatur der Lebensmittel- und Warenpreise durch die Erzeuger, ebenso wie auch die ganze Preissteigerungsverordnung auf die gleiche Ursache zurückzuführen ist. Und deshalb bleibt das Alpha und Omega unserer wirtschaftlichen Genesung die denkbar höchste Steigerung unserer Lebensmittel- und Warenzeugung.

Aus Laasphe und Umgegend.

Laasphe, 17. Nov. Der Treibriemen Diebstahl in der Wittmann'schen Fabrik, über den wir berichteten und der zur Folge hatte, daß die Fabrik einen Tag stilllegen mußte, hat dank der Bemühungen des Hilfspolizeiwachmeisters Hahn seine Aufklärung gefunden. Des Diebstahls überführt wurde ein junger Mann in Viefeld (Kr. Viefeld), bei dem die beiden Riemen sowie ein der Firma bereits vor Jahresfrist gestohlener Treibriemen unverfehrt vorgefunden wurden. Am dem früheren Diebstahl ist auch ein jugendlicher Arbeiter von hier, ein Vetter des Viefelder Diebes, beteiligt.

Laasphe, 17. Novbr. Auf die Versammlungen des Westf. Bauernvereins am Sonntag in Feudingen und Laasphe wird nach-
mals hingewiesen.

Bermershausen, 16. Nov. Dem Ueberlandwert Wittgenstein zahlte unsere Gemeinde heute eine Vorstrafzute von 400 000 Mk.

(1) Banke, 17. Nov. (Unlücksfall). Der Landwirt Friedrich Heinrich führte vom Gerüst in seiner Scheune auf die Tenne und blieb mit einer Schulterverrenkung und einem Schädel-
bruch bewußtlos liegen.

(1) Banke, 17. Nov. (Diebstahl). Einer hiesigen Familie wurden nachts etwa zwei Duzend Stimpfe, die sie hinter's Haus zum Trocknen hingehangen hatte, gestohlen. Die mit Hilfe eines Polizeihundes gestern angestellten Nachforschungen blieben bisher
ergebnislos.

Erndtebräut, 17. November. Die Preissteigerungen der Lebensmittel und aller anderen Bedarfsartikel nehmen in letzter Zeit ein wahnsinniges Tempo an und der gewöhnliche Mann, dessen Einkommen mit diesen Verhältnissen nicht Schritt halten kann, ist nicht imstande, seinen Lebensunterhalt zu bestreiten. Schon ist es in verschiedenen Großstädten zu Ausschreitungen schamloser Art gegen die Teuerung gekommen, und der Schaden, der dadurch der Allgemeinheit verursacht worden ist, geht in die ungezählten Millionen. Mit solchen Ausschreitungen wird jedoch nur das Gegenteil von dem erreicht, was man beabsichtigt. Sie sind nur den gewerdmäßigen Händlern, die sich stets im Hintergrunde halten, wenn ihre Feharbeit zu Täuschungen übergeht, Wasser auf die Mühle. Die Schuld an diesen Verhältnissen trifft nicht lediglich die Geschäftsinhaber, obwohl bei diesen auch die Preise sehr unterschiedlich sind, die Schuld liegt ganz wo anders. Es gibt viele reelle Geschäftsinhaber, die gerne ihr Geschäft schließen möchten, um sich weitere Unannehmlichkeiten zu ersparen. So lange unsere Marktwährung nicht wieder auf eine angemessene Höhe gebracht wird, so lange sind alle Hoffnungen auf Besserung vergeblich. (Soweit unser Berichterstatter. Wir sind der Meinung, daß der Kleinhandler als letztes Glied einer langen Kette nicht nur seine Schuld an den hohen Warenpreisen hat, sondern eher unter den derzeitigen Verhältnissen leidet, insofern schon, daß er allein die bei der Verarbeitung sich ergebenden hohen Herstellungskosten, Frachtkosten, usw., mitunter noch durch Syndikate diktierte unbegründet hohe Preissteigerungen, dem Publikum gegen-
über vertreten muß. Red.)

Erndtebräut, 16. November. Ein in Essen wohnender Freund unseres Blattes, ein geborener Erndtebräut, sendet uns als Nach-
zahlung für Olober und November 100 Mark und bemerkt dazu: „2 Glas Bier weniger, dafür lieber Nachricht aus der Heimat!“ — Vielen Dank, nicht nur für den Betrag, sondern auch für die Ge-
finnung.

Berleburg, 14. Novbr. Nach vierzigtägiger nichtöffentlicher Verhandlung am Schwurgericht in Arnsberg wurde in dem Berleburger Fall zum Urteil verurteilt das Urteil gesprochen. Es handelte sich um die Anfertigung von falschen 50 Markscheinen. Sämtliche 19 Angeklagte, von denen sich 8 in Untersuchungshaft befanden, wurden für schuldig befunden, teils wegen Verbrechen aus Paragr. 146, teils wegen Vergehens aus Paragrapen 147, 149 oder 139 R.St.G.B. Sämtlichen Angeklagten wurden mildernde Umstände zugestanden, jedoch nur Gefängnisstrafen verhängt wurden. Es erhielten: der Arbeiter Wilh. Bommelsdorf aus Berleburg und der Steinbruder Franz Reck aus Berleburg je 2 Jahre, der Händler und Schreinermeister Fritz Sahmannshausen aus Berghausen und der Arbeiter Ludwig Wisse aus Berleburg je 1 Jahr 6 Monate, der Kriegsinvalide Arbeiter Heinz. Wisse jun. aus Berleburg 7 Monate, der Holzschläger Gustav Dugardt aus Berghausen 1 Jahr, der Drechsler Otto Dienberger aus Berleburg 9 Monate, der Schuh-
machergehilfe Alfred Dugardt aus Berghausen 1 Jahr 6 Monate, der Arbeiter Wilh. Sonnenholzer aus München 1 Jahr, der Schuh-
macher Friedr. Dugardt sen. aus Berghausen 6 Monate, der Er-
arbeiter Wilh. Daus aus Rausland 9 Monate, der Feinwerk-
Wilh. aus Kreuztal 1 Jahr, der Schreinermeister Heinz. Wisse sen. aus Berleburg 9 Monate, der Rollenauflieger Christian Daus aus Rausland 6 Monate, der Arbeiter Oskar Wied aus Rausland-Marienberg 4 Monate, der Reisende Heinrich Wisse aus Kreuztal 9 Monate, der Maurer Eduard Spornhauer aus Siegen 4 Monate, die Ehefrau Heinz. Wisse aus Kreuztal 6 Monate und der Stallburche Fritz Sahmannshausen jun. aus Berleburg 1 Jahr. Den in Untersuchung-
haft sitzenden Angeklagten wurde die Unteruchungshaft angedroht. Das Gericht beschloß, sich die Entscheidung über die Strafbefreiung vorzubehalten, da hierüber erst das Reichsgerichtsdirektorium ge-
hört werden müsse. Alle Verurteilten, mit Ausnahme des Fritz Sahmannshausen sen., nahmen das Urteil an.

Siegen, 14. Novbr. Welch unerschwingliche Höhe die Holzpreise in unserer engeren Heimat erreicht haben, davon sei hier ein Beispiel von einer Holzverkaufsteigerung, die am letzten Mittwoch stattfand, mitgeteilt: Für ein Roummer Fichtenstammholz bot ein Händler aus dem Kohlenrevier im Auftrage einer Papierfabrik 30 000 Mark (Friedenspreis 8-10 Mk.), ein Feinmer Fichten-
stammholz erreichte sogar einen Preis von 50 000 Mk. (Friedens-
preis 18 Mk.). Auch dieses Holz wanderte in eine Papierfabrik, um zur Herstellung von Papier Verwendung zu finden. Die Zahlen reden eine deutliche Sprache, sie zeigen, weshalb die Preissteigerung auf dem Holzmarkt führt. Wenn die Leistungen von Monat zu Monat die Abnehmerpreise hinaufsetzen müssen, um ihre Existenz-
möglichkeit im Interesse der Allgemeinheit, des kulturellen und ideellen Lebens aufrechtzuerhalten, so sieht der Leser, daß nicht die Zeitungen, sondern die Papierfabriken es sind, die durch Festsetzung des Zeitungspapierpreises zu dieser Maßnahme gezwungen. Hier sollten — und das ist schon von den Zeitungsverlegern der Regierung gegenüber des öffentlichen zum Ausdruck gebracht worden — Maßnahmen getroffen werden, die es unmöglich machen, derart phantastische Preise zu bieten, noch dazu, wenn das Holz, wie in diesem Fall, für Zeitungspapier verarbeitet werden soll. Rechnet man zu diesen Summen noch die nicht unbedeutenden Abfuhr- und Transportkosten, dann ergibt sich eine Endsumme, die man am besten nicht veröffent-
licht.

Discontoerhöhung der Reichsbank um 2 Prozent. Die Reichsbank hat ihre Zinssätze wieder herauf-
gesetzt. Bei den in letzter Zeit erfolgten Erhöhungen sind jedesmal nur eine Erhöhung von 1 v. H. statt, diesmal erhöhten sich die Sätze gleich um 2 v. H., und zwar der Wechseldiskont von 8 auf 10, der Lombardzins von 9 auf 11 v. H. Am 21. September wurden die Zinssätze zuletzt erhöht. Die Umsätze der Reichsbank haben sich seit damals in starker Weise gesteigert, entsprechend natürlich der Noten-
umlauf. Ob die jetzige Discontoerhöhung dazu imstande ist, still-
liegenden Devisenbesitz in Bewegung zu setzen und die teure Zuan-
spruchnahme des geliehenen Geldes einzuschränken, bleibt abzuwarten.

Viehählung am 1. Dezember. Wie der Regierungspräsident in Arnsberg bekanntgibt, findet von Reichswegen auch in diesem Jahre am 1. Dezember eine Viehhählung größeren Umfanges statt, die sich auf Pferde, Maultiere und Maultier, Esel, Rindvieh, Schafe, Schweine, Ziegen, Kaninchen, Federvieh und Bienenwölfe erstreckt. Der Regierungspräsident gibt bekannt, daß diese Zählung nur wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Zwecken dient, nicht aber zu Steuerzwecken benutzt werden darf.

Die Monatskartenpreise werden mit Wirkung vom 1. Dez. nach 18 (bisher 14) Fahrten berechnet, wobei der ab-
gerundete einfache Fahrpreis zugrunde gelegt wird. Für Schüler-
Monatskarten und Wochenkarten verbleibt es bei dem bisherigen Grundsatz, demzufolge die Schülermonatskarten zur Hälfte und die Wochenkarten zum vierten Teil des Monatskartenpreises unter or-
dnungsmäßiger Aufzahlung berechnet werden. Von demselben Tage ab werden als Mindestfahrpreis für Einzelreisefahrten und Zeitkarten Sätze erhoben, die sich nach einer Entsehung von 11 Km. ergeben.

Turnen * Spiel * Sport.

Sportvorfall.

In Feudingen bringt uns der Sport am kommenden Sonntag das schon seit langer Zeit erwartete Treffen: Vangenan 2. (A.R.) gegen Feudingen 1. (B.R.) Anstoß 3 1/2 Uhr. Vorher spielen die Jugendmannschaften beider Vereine. Anstoß 1 1/2 Uhr.

Vermischte Nachrichten.

Julda, 16. Nov. In den Tälern Oberoben und Gaimbach verübten zwei Zigeuner gegen die Dorfbewohner allerlei Unthaten, sodaß die Landjäger zu Hilfe herbeige-
rufen wurden. Als in Gaimbach die Zigeuner gegen die Be-
amten tätlich wurden und diesen die Revolver entreißen wollten, schoß man den einen nieder. Auch der zweite Zigeuner wurde erschossen, als er seinen Begleiter niederschlagen wollte. Die Zigeuner stammen aus der Gegend von Mainz und gehören der Sippe an, die seinerzeit den Förster Romeis erschog.

Eine Warnung des Kölner Polizeipräsidenten. Aus Anlaß der Kundgebungen in den letzten Tagen hat der Polizei-
präsident der Stadt Köln an die Bevölkerung folgende Warnung
erlassen:

Die fortgesetzte Entwertung des Geldes, die eine von Tag zu Tag sich steigende Teuerung auf allen Gebieten der Lebenshaltung zur Folge hatte, hat in den letzten Tagen zu öffentlichen Ansam-
lungen und Kundgebungen geführt, die bedauerlicherweise zu Ausschreitungen und Anlaß gegeben haben und Einlegen der Polizei notwendig machten. Wenn ich auch Verständnis für die durch die Teuerung heraufbeschworene Unruhe habe, so muß ich andererseits scharf betonen, daß derartige Kundgebungen nicht die richtigen Wege zum Ziele sind. Weder wird von seiten des Publikums bei derartigen Vorkommnissen der schweren Aufgabe der Beamten, die ohne Ansehen der Person und Partei für Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung zu sorgen haben, nicht das nötige Verständnis entgegengebracht. Diesfach wurde beobachtet, daß Personen aus reiner Neugierde, sogar Kinder sich unter der Menge befanden. Die Bevölkerung wird im Interesse der eigenen Sicherheit gewarnt und gebeten, sich derartigen Kundgebungen fernzuhalten, da die Polizeibeamten gezwungen sind, mit allen Mitteln gegen die Störer der öffentlichen Ordnung vor-
zugehen und jeder einzelne im Falle des Einschreitens der Polizei-
beamten gefährdet ist. Weiter ergeht an den besonnenen Teil der Bevölkerung die Bitte, auf zusehrende und rauchartige Elemente beruhigend einzuwirken und auf diese Weise die Beamten in Erfüllung ihrer Dienstpflicht zu unterstützen. Es muß unbedingt gefordert werden, daß den Anweisungen der Beamten Folge geleistet wird. Schließlich wird noch darauf hingewiesen, daß Teilnehmer solcher Kundgebungen sich unter Umständen des Verbrechens oder Vergehens wider die öffentliche Ordnung, §§ 123 u. f. R.St.G.B., schuldig machen und schwere Strafen zu erwarten haben.

Baumholder, 16. November. (Die Jugend von heute.) Auf der „Kerb“ belegten junge Bur-
schen, die im Saargebiet arbeiten, ein Lokal, in dem nur Kirchweihbesucher zugelassen wurden, die über einen Zehntausendmarktschein verfügten. Ein Burche hatte zehn Tausendmarktscheine an seinen Hut geklebt. Ein anderer ließ sich am frühen Morgen für mehrere tau-
send Mark „gleich einem Schützenkönig“ nach Hause be-
gleiten.

Bonn, 15. Nov. (Kinder dank.) Der be-
kannte Bildhauer, Prof. Bucherer, hat zur Speisung unterernährter Schulkinder eine Million Mark gestiftet. Davon sollen täglich 80 Kinder eine nahrhafte Kost er-
halten. Die Jugend von Bonn-Endenich befindet dem hochherzigen Stifter ihre Dankbarkeit durch einen Ma-
tinszug zur Bucherischen Festung, der Immenburg, wobei St. Martin, hoch zu Ross, an den Spender eine Anbrache richtete.

Bernkastel, 15. Nov. Eine erschütternde Begebenheit spielte sich in Gutental bei Norbach (Kreis Bernkastel) ab. Eine im besten Alter stehende Frau, die an epileptischen Anfällen litt, befand sich allein auf dem Felde, nur ihr Hund, der allseits wegen seiner Wildheit gefürchtet ist, war bei ihr. Plötzlich stellte sich bei der Frau ein Nervenanfall ein. Sie fiel zu Boden, unglücklicherweise auf Mund und Nase, so-
daß die Gefahr des Ersticken bestand. Obwohl sofort Leute aus dem nahen Dorfe herbeieilten, um die hilf-
lose Frau aus ihrer gefährlichen Lage zu befreien, wa-
ren alle Hilfsversuche vergebens. Der Hund ließ niemanden an die Frau heran und gebärdete sich so wild, daß sich niemand an die Frau heranwagte und sie elend erstickte.

Heidelberg, 15. Nov. (Kriege im Tabak-
gewerbe.) Die ungünstige Lage in der Tabakin-
dustrie des badien Unterlandes hat zahlreiche Fabrik-
antien schon zu Arbeiterentlassungen und Betriebs-
einschränkungen gezwungen. Es wurden von diesen Maß-
nahmen in der Hauptsache weibliche Arbeitskräfte be-
troffen.

10 Millionen gestohlen. Bei der Reichsbank ist vorgestern Abend ein verübter Millionendiebstahl ent-
deckt worden. Es wurde ein Beutel mit 10 Millionen Mark in Zehntausendmarktscheinen entwendet und zwar bei der Abfertigung eines größeren Geldtransports, der an eine Zweigstelle im Reich befördert werden sollte. Die Kriminalpolizei ist der Meinung, daß der Beutel noch innerhalb des Reichsbankgebäudes fortge-
kommen sein muß.

Stuttgart, 15. Nov. (Sozialkonjunktur.) Die hiesige Papierindustrie ist augenblicklich mit Auf-
trägen für die Reichsbank für Banknotenpapier reich-
lich versehen. Durch die fortwährende Geldentwertung ist der Papierbedarf so groß, daß zeitweise sogar Nachstunden und Überarbeit angeordnet werden müssen.

Millionen diebstahl. Ein junges Mädchen, das sich bei einem Ehepaar in Berlin in der Nachbstraße ein-
zelte, als Kinderfräulein verschafft hatte, hat während eines Ausganges des Ehepaars einen Koffer mit 2000 Dollar, einen Brillantring, Ringe und Kleider, zusammen im Werte von 20 Millionen Mark entwendet. Ein junger Mann hat den Koffer mit einem Auto fortgeschafft.

Deutsche Erdölquellen. Auf den entdeckten Erdölquellen in der Bamberger Gegend wurden jetzt auch im Landkreis Bamberg in 350 bis 400 Meter Tiefe Erdölquellen angetroffen. Die Boh-
rungen stellten Erdöl in erheblicher Menge fest. Die Quellen be-
finden sich in Sotdorf in der Nähe des Salzhorsts, was zu der Erwartung auf eine erfolgreiche Fortsetzung der Untersuchungen berechtigt.

Der Dollar.

Das Dollarchen, das Dollarchen So wird wohl auch das Dollarchen
das macht sein muntres Kollerchen, einft machen mal sein Kollerchen,
steigt wie der Alpensee und flürzen über Nacht,
flüchtig in die Höhe, daß alles nur so tracht. —
und steigt auf die Weise, (Damir's passiert nicht morgen,
ganz unverschämte die Preise, daß die Börsen jorgen.)
Biele macht es reich und munter, Drum schreift mich Mummelgesei-
doch viele gehn auch unter! nicht mehr die alte Weise:
Wer gar zu hoch gestiegen, Besser wird es nimmer,
der kann leicht 'unterliegen, immer wird es schlimmer!

Die Hauptsache ist, daß man gesund dabei bleibt.

Postkurs am 16. 11.: 7506.

Für die uns anlässlich unserer Vermählung übersandten Glückwünsche sagen herzlichen Dank

Emil Thomas und Frau
Emmi geb. Kroh.

Niederlaasphe, den 10. November 1922.

Fichten-Nutz- und Brennholz-Verkauf.

Im Auftrage der Reichsbahn verkaufe ich am **Donnerstag den 23. November, nachm. 2 1/2 Uhr** im Gasthof **Wittgensteiner Hof** in **Erndtebrück** das von einer Brandfläche von etwa 44 ha im Distrikt Kammelsberg der Fürstlich Wittgenstein'schen Oberförsterei Erndtebrück — 1 km von Bahnhof Seimstruth der Strecke Kreuztal-Morburg — gefällte und noch stehende Fichten-Nutz- und Brennholz (25-35jährige Bestände) und zwar:

- Los 1: 250 rm Grubenstempel, 2,5 m lang,
" 2: 238 rm Grubenstangen, 1,25 " "
" 3: 2588 Stück Stangen I. Kl. unter 4 cm bei 10 cm v. Abtrieb,
8736 " " II. " 4-6 cm,
5330 " " III. " 7-9 "
465 " " IV. " 10-12 "
12 " " V. " 13-15 "

4: die noch stehenden beiliebigen Brandreste von einer Fläche von etwa 35 ha 25-35jährig. Fichten bei Selbstverwertung durch den Käufer.

Die öffentl. meistb. Gebote erfolgen auf Los 1 und 2 je rm, Los 3 je Stück aller Klassen, Los 4 im Ganzen in einer Summe. Die allg. Verkaufsbedingungen der Fürstl. Oberförsterei sind maßgebend, die besonderen für Los 4 können durch den Unterzeichneten bezogen werden. Das Holz zeigt Fürstl. Segemeister Müller im Forsthaus Immergrün bei Seimstruth. Auch die Oberförsterei Erndtebrück ist zur Auskunft bereit.

Weidenau-Sieg, den 10. November 1922.

Sorg, Kreisoberförster.

Laaspheer Lichtspiele

Heute, Freitag den 17. Novbr.,
abends 8 1/2 Uhr.

Der Mann ohne Namen

6. Teil.
Der Sprung über den Schatten
nebst gutem Beiprogramm.

Sonntag den 19. Nov., abends 8 Uhr

Das Mädel von Picadilly

Via Mara-Film neuester Produktion.
I. Teil: Die Brett'-Lady.

„8 Uhr 13“

Die Geschichte einer sensationellen Forschung
in 5 Folgen.

Gute Streichmusik.
Paul Fuchs.

Wesfälischer Hof

Birkenholz

in Längen von über 6 Mtr.
in Waggonladungen zu kaufen gesucht.

Carl Berg, A.-G., Evesking.

Fridericus Rex

am 8. und 15. Dezember 1922.

Nutze dein Herdfeuer!

Persil, das selbsttätige Waschmittel
reinigt und bleicht die Wäsche
in einmaligem kurzen Kochen und
bringt durch Mitbenutzung des
täglichen Herdfeuers für die
Wäsche größte Kohlenersparnis.*)

Um alle Vorteile voll auszunutzen,
ist die Befolgung der Paket-Gebrauchsan-
weisung nützlich: Persil wird in kaltem
Wasser aufgelöst und wirkt am besten ohne
Zusatz von Seife und Seifenpulver. 2)



Elektrische Licht- und Kraft-Anlagen

Lieferung von Motoren, Beleuchtungskörpern
Glühlampen, Koch- und Heizapparaten usw.

Reparaturwerkstatt f. Motore.

Konzessioniert beim kommunalen Ueberlandwerk
G.m.b.H. des Kreises Wittgenstein.

Elektra
Jeremias & Herder
DORTMUND

Installationsabt. Erndtebrück

bei E. Belz, Oberdorfstraße 193. Telefon 69

Für die in Aussicht genommene Kriegerehrung des
Realprogymnasiums zu Biedenkopf werden
alle auf die im Kriege gefallenen ehemaligen Schüler der
Anstalt bezüglichen Angaben (Datum der Geburt, Ort und
Datum des Todes), wenn möglich mit Lichtbild, bis
spätestens 15. Dezember 1922 an Herrn Studienrat
Dr. Kaubitzky erbeten. — Geldspenden zur Deckung
der Unkosten bitten wir an die gleiche Adresse einzusenden.
— Die ehemaligen Schüler der Anstalt werden zu einer im
Hotel zur Krone stattfindenden Besprechung dieser
Angelegenheit auf Donnerstag den 23. November 1922,
abends 6 1/2 Uhr eingeladen.

Dr. Paulus, Studiendirektor.

Metalle!

Alles rennt! Alles rennt!
zu Metall-Dietrich!

Wie die Zepeline steigen, so steigen bei mir
die Preise in Metallen. Zahle momentan für
jedes Kilo Kupfer 700, Messing 500, Blei und
Zink 300, Eisen 30 Mk. und höher je nach Quantum.
Fr. Dietrich, Metallhandlung, Sendungen.



Meine
photografischen Ateliers
sind jeden Sonntag geöffnet
und zwar:
in Laasphe von 2-4 Uhr nachm.
„Berleburg“ 12-2 1/2 „
„Hilchenbach“ 11-2 „
Ernst Eschemann, Photograph.
Gleichzeitig empfehle ich als passendes Weihnachts-
geschenk Vergrößerungen nach jedem Bilde.

Lüchtiges Mädchen,

nicht unter 28 Jahren, bis
1. Dezember gesucht.

Siegen i. W.,
Marienbornerstraße 3.

Stenotypistin

flotte Maschinenschreiberin,
wird sofort gesucht.

Angebote mit Lebenslauf
unter „Stenotypistin“ an
die Exp. der Wittg. Zeitung
erbeten.

Bekanntmachung.

Wir erinnern nochmals
an die Zahlung der Reichs-
einkommensteuer für
1921. Der gleiche Betrag
ist als vorläufige Steuer
für 1922 zu entrichten;
hierbei war die letzte
Vierteljahrsrate bereits
am 15. ds. Mts. fällig.

Nach dem 20. November
erfolgt die Zustellung der
Mahnzettel.

Weiter sind zu zahlen:
Mittelschulgeld und
Wohnungsbaugabe.

Laasphe, den 17. Nov. 22.

Die Stadtkasse. Hahn.

Bekanntmachung.

Samstag, 18. d. Mts.
abends 8 Uhr findet in
der Schule die Verteilung
von Grasteilen der Ge-
meindebesitzung statt.

Erndtebrück, 16. Nov. 22.

Behandlt,
Gemeindevorsteher.

Ein Paar

Schneeschuhe

zu kaufen gesucht.

Angebote an die Geschäfts-
stelle der Erndtebr. Zeitung.

Stadtverordnetenversammlung

am Freitag den 17. November, nachmittags 6 Uhr
im städtischen Sitzungssaal.

Tagesordnung:

1. Antrag des Kreisverbandes der Geflügelzüchtervereine
des Kreises Wittgenstein um Bewilligung einer Beihilfe.
2. Antrag der Arbeiterkolonie Wilmshausen bei Bethel
um Bewilligung einer Beihilfe.
3. Antrag der Stadtverordneten nach und Gen. um
Erlaß einer Geschäftsordnung.
4. Eingabe des Architekten Steinmetz.
5. Beauftragung der Beschlässe 1. und 6-15 der letzten
Stadtverordnetenversammlung durch den Magistrat.

Laasphe, den 14. November 1922.

Der Stadtverordnetenvorsteher. Meisheimer.

Ich beabsichtige vom 1. Dezember ab für
junge Mädchen einen Kursus im Weben
und Flecken abzuhalten. Die Stunden dauern
vorm. von 9-12 Uhr, nachm. von 2-4 Uhr.

Elisabeth Groos,
Laasphe.

Infolge Erhöhung der Löhne,
Schmiede- und Unter-
haltungskosten werden die
Fuhrlöhne ab 15. Novbr.
um 100 Proz. erhöht.

Fuhrwerksvereinigung
für Laasphe u. Umgegend.

Zum Totenfest

schmückt man die Gräber
der Lieben.

Empfehle in reicher Auswahl
Kränze u. Bouquets.

Ausführung von Kranz-
schleifen in Schwarz- und
Golddruck.

Nehme Bestellungen auf

Obstbäume

u. entgegen.
Nur gute Sorten für hiesige
Gegend werden garantiert.

Friedr. Hof,

Gärtner,

Sendungen, am Bahnhof.

Für Zahnkranke!

Vin jeden Dienstag und
Freitag in Erndtebrück
bei Herrn Karl Bielel,
Grimbachstr. antworfend.

Sprechstunden von vorm.
9 bis nachm. 5 Uhr. Be-
handlung sämtlicher Kassen-
mitglieder.

Abolf Scheuer,
Laasphe, Dentist vert. j.

Gesellschaftsclub „Frohsinn“, Feudingen.

Samstag den 18. Nov.,
abends 8 1/2 Uhr

Verammlung

im Vereinslokal. Vollzählige
Erscheinen dringend erforderl.
Der Vorstand.

Beabsichtige meinen ca.
dreiviertel Morgen großen
vierzigjährigen

Fichten- bestand

auf dem Stamm gegen
Meistgebot zu verkaufen.

Offerten bis zum 23. ds.
Mts. an die Geschäftsstelle
der Wittgenst. Ztg. erbeten.

Kirchlicher Anzeiger Evangelischer Gottesdienst in Laasphe.

23. Sonntag u. Trin., 19. Nov.
Vorm. 10 Uhr: P. Adams.

11 1/2 Uhr Kindergottesdienst.
Vorm. 10 Uhr in Niederlaasphe
P. Bauer.

Sammlung für den ev. Verband
f. d. weibl. Jugend Deutschlands.

Katholischer Gottesdienst in Laasphe

Sonntag vormittag 9 Uhr.